



Leipziger Aufruf

der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

14. Oktober 2019

Leipziger Aufruf

der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

14. Oktober 2019

Heute treffen sich Unionsabgeordnete aus ganz Deutschland in Leipzig. Parlamentarier aus Ost und West, Nord und Süd wollen gemeinsam erinnern – an den Mut von Menschen in dieser Stadt, an den Mut von Bürgerinnen und Bürgern in der gesamten DDR und an die Unterstützung, welche diese erfahren haben. Sie alle haben den Weg dafür geebnet, dass Deutschland nach Jahrzehnten der Teilung wiedervereinigt wurde.

Wir erinnern an die Bürgerinnen und Bürger, die über Jahrzehnte hinweg Zivilcourage zeigten und Widerstand in und gegen die Diktatur in der DDR wagten. Am Ende brachten sie die Mauer zum Einbruch.

Der Weg zum Aufbruch war lang. Wir würdigen jene, die seit 1945 gegen Stalinismus und Kommunismus in unterschiedlichster Weise aufbegehrten. Sie standen gemeinsam auf wie in den Tagen um den 17. Juni 1953. Bürgerinnen und Bürger gingen auf die Straße. Streiks, Demonstrationen und Proteste wurden gewaltsam niedergeschlagen. Und sie leisteten immer wieder persönlichen Widerstand. Dafür nahmen sie alle seelischen und körperlichen Repressalien in Kauf. Sie wurden inhaftiert, misshandelt, gebrochen. Viele leiden immer noch unter den Folgen.

Wir gedenken der vielen Opfer, die für den Wunsch nach Freiheit und Demokratie mit ihrem Leben bezahlen mussten.

In Zeiten von Verharmlosung, Schönfärberei und Ost-Nostalgie halten wir unmissverständlich fest: Die Deutsche Demokratische Republik war eine Diktatur. Über 40 Jahre lang wurden Familien durch die Mauer mit Schießbefehl zwischen Ost und West getrennt. Wir gedenken insbesondere der Toten, darunter auch Kinder und Jugendliche, an der innerdeutschen Grenze. Die Wunden sind bis heute nicht verheilt.

Wir würdigen die Menschen in der Bundesrepublik, die sich mit der Teilung unseres Vaterlandes nie abgefunden und unbeirrt für die Menschen in der DDR eingesetzt haben. Kontakte zwischen Kirchengemeinden, Schulen, private Hilfen trugen dazu bei, die Entfremdung der Menschen zu begrenzen. Dies gilt auch für die freien Medien, die immer wieder über das Unrecht in der DDR berichteten.

Die SED-Herrschaft wurde zunehmend geschwächt und das System erodierte. Einen wesentlichen Beitrag bildete die im Sommer 1989 über Ungarn und die ČSSR einsetzende Flucht unzähliger Menschen. Sie sahen sich bestärkt durch Bürgerbewegungen in anderen Staaten des Ostblocks. Damit schien das Udenkbare möglich – die europaweite Überwindung der kommunistischen Diktatur unter sowjetischer Vorherrschaft.

Kennzeichnend für den Widerstand war seine Gewaltlosigkeit – bis zum Schluss. So bestimmte der Geist aus den Friedensgebeten in der Nikolai-kirche wie auch aus vielen anderen Gotteshäusern zwischen Rostock, Dresden und Plauen die Sehnsucht der Menschen nach spürbarer Veränderung. Das Regime hatte mit allem gerechnet, jedoch nicht mit diesem massenhaften, friedlichen Protest.

Die Oppositions- und Bürgerrechtsbewegungen gaben dem Wunsch der Menschen nach Freiheit eine öffentliche und starke Stimme und ermutigten viele. Die Großdemonstrationen am 9. und 16. Oktober 1989 in Leipzig und die vielen Proteste in weiteren Städten der DDR brachten die Entscheidung. Angesichts der schieren und friedlichen Masse von Menschen kapitulierte die sozialistische Staatsmacht zuerst in der Messestadt. Immer mehr Menschen wagten sich danach zu Montagsdemonstrationen in der ganzen DDR auf die Straße.

Im Oktober 1989 war der Fall der Mauer nur einen Monat später und die Wiedervereinigung Deutschlands binnen Jahresfrist noch unvorstellbar. Doch aus der Forderung der Demonstranten »Wir sind das Volk« wurde kraftvoll »Wir sind ein Volk«.

CDU und CSU haben seit ihrer Gründung und der klaren Festlegung des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer auf die Einheit in Freiheit wie keine der anderen Parteien unerschütterlich an der Herstellung der Deutschen Einheit festgehalten. Wir haben während der Teilung zudem an der einen deutschen Staatsangehörigkeit festgehalten. Sie war und ist das einigende Band unserer Nation. Als sich die historische Möglichkeit für die Wiedervereinigung bot, hat Bundeskanzler Helmut Kohl sie mit großer Weitsicht ergriffen.

Für den Weg in ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem gab es für die in Ost und West Handelnden kein Beispiel. Die Wiedervereinigung war eine einmalige Chance. Dies gilt auch für die Beurteilung des Transformationsprozesses und des beispiellosen Aufbauwerkes.

Nicht jeder der Betroffenen hat diesen politischen und gesellschaftlichen Wandel akzeptieren oder verkraften können. Dramatische Brüche in den persönlichen Biografien vieler Menschen wie kompletter Familien waren die Folge.

Wir setzen uns dafür ein, dass Erinnerung, Aufarbeitung und Wiedergutmachung auch nach 30 Jahren nicht an Bedeutung für unsere Gesellschaft verlieren. So entfristen wir die Gesetze, mit denen Unrecht bereinigt und eine Rehabilitierung geltend gemacht werden kann. Auch der Zeitraum für die Überprüfung auf eine mögliche Tätigkeit für die Staatssicherheit wurde verlängert.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ruft von Leipzig aus allen Demokraten des geeinten Deutschlands zu: Die Friedliche Revolution des Herbstes 1989 und der Sieg der Ostdeutschen über die Diktatur sind ein herausragendes Ereignis der gesamtdeutschen Geschichte. Dafür können wir in Demut dankbar und selbstbewusst sein.

Wir bekräftigen unser Positionspapier zur Deutschen Einheit vom März 2019 und unterstreichen insbesondere den Handlungsbedarf bei diesen Punkten:

- Ein Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland zu schaffen.
- Die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals auch in Leipzig.
- Ein Zentrum für Oppositions- und Widerstandsgeschichte (1945 – 1989) – ein Demokratieforum für Gegenwart und Zukunft – am Ort des Archivs der DDR-Opposition in der ehemaligen Stasi-Zentrale einzurichten.

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.